Vom ausserordentlichen Parteitag in Bern

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **12 (1917)**

Heft 8

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-351359

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Nutzanwendung zieht, daß all diesen Auswüchsen der Geldsack- u. Profitinteressensolidarität gegenüber, die immer wieder die nötige Plattform findet, um das Volk auszusaugen, es drunten in der Tiefe zu halten, nichts anderes gibt, als die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft über die Landesgrenzen hinaus, denen ist tatsächlich nicht zu helfen. Aber nicht nur die Arbeiter haben das zu lernen, sondern die Vertreter derselben in den Behörden, in den Kommissionen, in den Genossenschaften; sie bemühen sich stets neutral zu sein, glauben in ihrer Ehrlichkeit dem Volksganzen gegenüber handeln zu müssen und vergessen sehr oft, daß die Interessen der andern schon mehr wie genug vertreten werden, daß all die Vertreter der besitzenden Klasse wirkliche Klassensolidarität kennen und ausüben, sie haben schon längst ihre unfreiwilligen Lehrmeister überflügelt.

Darum soll es endlich genug sein mit der gutmütigen Ehrlichkeit. Es gibt keine Volkssolidarität, es gibt nur eine Klassensolidarität, und diese hat die Arbeiterschaft restlos auszuüben, will sie die kommenden Zeiten überstehen und von der Anarchie der heutigen Profitwirtschaft zur Sozialisierung der Gesellschaft kommen, in einer Gesellschaft, in der das Wort: „Einer für alle, alle für einen," keine hohle Phrase mehr ist. R. B.

Vom außerordentlichen Parteitag in Bern.

Nicht nur in unsern eigenen Parteikreisen sah man mit Spannung dem Entscheid entgegen; auch im Bürgertum wurde das Resultat — natürlich nicht mit Sehnsucht — aber mit Wutschnauben und Zähneknirschen erwartet. Aus der Ouvertüre hatten sowohl die einen, wie die andern eher auf einen tragischen Ausgang — die Parteispaltung — geschlossen oder gehofft; alle unterschätzten aber die echten guten Grundlinien: Die Kriegsereignisse, die antimilitaristische Propaganda der Militaristen und nicht zuletzt die grundsätzliche Aufklärung, die möglich war, weil man nicht durch einen unvorbereiteten Schachzug einfach die Leute vor einen urplötzlichen Entscheid gestellt hatte, wie von der äußersten Linken sowohl als von der Rechten ursprünglich beabsichtigt war.

Die Leserinnen der „Vorkämpferin" wissen ja schon aus der Parteipresse — vielleicht auch aus bürgerlichen Blättern —, daß die übergroße Mehrheit, das heißt drei Viertel der Delegierten, sowohl den Kientaler Beschlüssen als den grundsätzlich begründeten Anträgen auf Ablehnung der Vaterlandsverteidigung zustimmten. Aber nicht alle Leserinnen haben Zeit, noch Lust, die ausführlichen Berichterstattungen zu verfolgen. Diesen wollen wir hier nur in aller Kürze mitteilen, daß die Genossinnen an diesem Parteitag keine geringe Rolle spielten, zum großen Aerger aller Spießer, Kleinbürger und gegangenen einstigen Auch-Sozialdemokraten, die nicht nur mit beiden Beinen auf nationalem Boden stehen, sondern dem Vaterland mit Herz und Hand — und mit dem bißchen Verstand — ewige Treue geschworen haben. Es darf hier daran erinnert werden, daß schon 1915, als die klare Scheidung begann, die Genossinnen vor und am Parteitag mitwirkten, daß die Partei eine klare internationale Haltung einnehme. Es waren Genossinnen, die der damaligen Vertreterin in der Geschäftsleitung Vorhalte machten, daß sie nicht Zimmerwald zugestimmt hatte; die weiblichen Delegierten nahmen in der Einheitsfrage eine durchaus geschlossene Stellung ein, zum Aerger der verbissenen Grütlianer. Es war also durchaus gegeben, daß nun in der Folge auch die weitern Konsequenzen gezogen wurden.

Aber als ein wirklich gutes Zeichen für die Partei und unsere klassenbewußt fortschreitende Arbeiterinnenbewegung darf es bezeichnet werden, daß sowohl von den Generalrednern zu den Beschlüssen Kiental und Beschickung der Stockholmer Konferenzen, als auch Militärfrage je eine Genossin (Rosa Bloch und Rosa Grimm) bezeichnet wurden, deren Voten sich zum mindesten auf einem ebenso hohen Niveau bewegten, wie die der männlichen Redner. Wenn je wieder gegen uns der Vorwurf erhoben wird, wir Frauen, wir könnten nicht sachlich diskutieren, wir würden zu leicht persönlich, dann können wir auf das Vorspiel und einen Zwischenakt dieses Parteitages verweisen, wo der Ideenkampf zu einem persönlichen Streit ausartete, und wo am Parteitag selbst ein Genosse (Sekretär Ilg, Bern) diese häßlichste Form der Erörterung sachlicher Meinungsdifferenzen (gegen Genossin Grimm) gebrauchte. Als wirklich abschreckendes Beispiel wollen wir dies hier festnageln. Dem Berichterstatter der bürgerlichen „Züricher Post", der endlich seinen Abschied von uns genommen, scheinen Frauen und Jugendliche mit Grundsätzen auf die Nerven zu geben. Daß sein ausgeprägtes Nationalempfinden nur harte Kehllaute verträgt, ist verständlich, ebenso leicht erklärlich, daß jedes fremdländische Idiom, auch wenn es von Schweizerbürgerinnen gesprochen wird, sein nur für Schweizerdeutsch geeichtes Ohr, verletzt. Bei den Mitpatrioten findet er selbstverständlich verständnisinnige Zustimmung; wir weinen ihm keine Träne nach, freuen uns im Gegenteil, daß der bürgerliche Blätterwald die Meldungen des Preßbureaus Enderli nicht mehr als die Stimme eines Auch-Sozialdemokraten deklarieren kann.

Gerade an diesem Beispiel zeigt sich deutlich, wie wichtig nicht nur für uns, sondern auch für unsere Bruderparteien die klare Stellungnahme ist. Könnten auch in den kriegführenden Ländern die Parteien selbst entscheiden, dann würde sich bald zeigen, daß die sogenannten Mehrheitler nicht die wirklich große Masse der Arbeiter hinter sich haben. Deshalb ist es wichtig — und das wurde vielleicht zu wenig betont —, daß die Regierungssozialpatrioten, sowenig wie die Regierungen selbst dem Krieg Einhalt gebieten können, nachdem sie fortwährend zum Durchhalten, zum Aufgeben des Klassenkampfes gepredigt, daß sie aber gerne die Oppositionellen als Brücke benutzen möchten, um sich den Schein zu geben, als wirkten sie für den Frieden. Werden sie aber entlarvt, d. h. gelingt es ihnen nicht, zusammen mit denen, die sie bis jetzt verraten und bekämpft, Friedenskonferenzen abzuhalten, dann werden endlich auch jene Arbeitermassen, die ihnen im guten Glauben, bisher treue blinde Gefolgschaft leisteten, sehend. Nur so ist der wirklich revolutionäre Kampf für den Frieden möglich.

Und deshalb konnte der Vermittlungsantrag der Genossin Hüni nicht angenommen werden. Sie mochte — wie einst der gute Niklaus von der Flühe — der Meinung sein, den vorhergegangenen heftigen Kampf zwischen den Richtungen zu schlichten. Aber hier galt es nicht zu versöhnen, sondern zu entscheiden und zwar, einmal Zimmerwald und Kiental zugestimmt, in dieser Richtung aufwärts und vorwärts schreitend.

Freilich wäre es durchaus verkehrt, wenn man nun die getroffenen Beschlüsse als einen „Sieg" bezeichnen wollte. Nein, sie sind erst Anfangs- und nicht Schlußpunkte. Zur Durchführung bedarf es vor allem nun der „planmäßigen Aufklärung". Diejenigen, die da meinen nun sei ja Beschluß gefaßt über die Militärfrage, nun müsse wieder etwas „Neues" erfunden werden, betrachten unsere Bewegung als Sensation und nicht als ernsten Kampf um eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. —ob—

Frauenstimmrecht.

Zahlreich, wie der Sand am Meere, sind noch heute die Gegner des Frauenstimmrechts. Nicht nur in bürgerlichen Kreisen, nein, auch in der eigenen Partei stoßen wir immer wieder auf hartnäckigen Widerstand. Es dürfte nun doch von einigem Interesse sein, die Gründe, welche die Gegner des Stimm- und Wahlrechts der Frauen ins Feld führen, etwas unter die Lupe zu nehmen und auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.